

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/206 –**

#### **Vermarktung regionaler Lebensmittel stärken – Agrarexporte ausbauen**

##### **A. Problem**

Die Fraktion der CDU/CSU erklärt, dass ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft exportiert wird. Agrarprodukte „Made in Germany“ sind ihr zufolge wegen ihrer Qualität und hohen Standards im In- und Ausland hochgeschätzt und stark nachgefragt. Der deutliche Schwerpunkt der deutschen Agrarexporte sind nach Darstellung der Antragsteller Nahrungsmittel und Ernährungsgüter, die durch die Veredelung und Verarbeitung eine hohe Wertschöpfung generieren. Vor diesem Hintergrund ist nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU der Agrarexport ein wichtiges Instrument, um die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit der leistungsstarken Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland zu sichern, auszubauen und die landwirtschaftliche Erzeugung noch nachhaltiger zu gestalten.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel insbesondere aufgefordert werden, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren unter Einbeziehung bestehender Exportförderprogramme die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer nationalen Agrar-Marketingagentur zu schaffen, die u. a. dazu beitragen soll, heimische regionale land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse sowohl im In- als auch im Ausland noch bekannter zu machen und so den Absatz von regional erzeugten Agrarprodukten zu steigern. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, anzuerkennen, dass der Agrarexport und ein regelbasierter Agrarhandel in einer globalisierten Welt dazu beitragen, Ernährungsunsicherheit, Mangelernährung, Armut und Fluchtursachen zu bekämpfen, und dass bei knappen landwirtschaftlichen Ressourcen und steigender weltweiter Nachfrage nach Lebensmitteln die effiziente und nachhaltige Agrarproduktion in Deutschland ein wichtiger Pfeiler ist, um das Ziel einer Welt ohne Hunger zu erreichen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/206 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2023

## **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Hermann Färber**  
Vorsitzender

**Dr. Franziska Kersten**  
Berichterstatterin

**Albert Stegemann**  
Berichterstatter

**Dr. Anne Monika Spallek**  
Berichterstatterin

**Ingo Bodtke**  
Berichterstatter

**Bernd Schattner**  
Berichterstatter

**Ina Latendorf**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Dr. Franziska Kersten, Albert Stegemann, Dr. Anne Monika Spallek, Ingo Bodtke, Bernd Schattner und Ina Latendorf**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 15. Sitzung am 28. Januar 2022 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/206** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der CDU/CSU legt dar, dass die Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ein unverzichtbarer Wirtschaftszweig des Landes ist und die in diesem Sektor tätigen rund fünf Millionen Menschen eine Bruttowertschöpfung von rund 194 Milliarden Euro im Jahr erzeugen. Gemäß der Antragsteller setzen sich die Bäuerinnen und Bauern für eine nachhaltige und klimaschonende Ernährung in Deutschland und in der Welt ein, leisten wichtige Beiträge zum Erhalt der hiesigen vielfältigen Kulturlandschaft und sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber im ländlichen Raum. Das geschieht nach Überzeugung der Fraktion der CDU/CSU unter den weltweit höchsten Tierschutz-, Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsstandards.

Die Antragsteller erklären, dass ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft exportiert wird. Agrarprodukte „Made in Germany“ sind für die Fraktion der CDU/CSU wegen ihrer Qualität und hohen Standards im In- und Ausland hochgeschätzt und stark nachgefragt. Der deutliche Schwerpunkt der deutschen Agrarexporte sind nach Darstellung der Antragsteller Nahrungsmittel und Ernährungsgüter, die durch die Veredelung und Verarbeitung eine hohe Wertschöpfung generieren. Die Fraktion der CDU/CSU weist darauf hin, dass rund drei Viertel der Agrarexporte aus Deutschland in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) gehen und Deutschland gleichzeitig einer der größten Nettoimporteure von Agrarprodukten weltweit ist.

Der Agrarexport und -import kann zudem aus Sicht der Antragsteller zu mehr globaler Nachhaltigkeit beitragen, denn es ist ihnen zufolge aus ökonomischer und ökologischer Sicht folgerichtig, Agrarprodukte in jenen Klimaregionen anzubauen und zu handeln, in denen ein möglichst effizienter Anbau stattfinden kann. Zudem ist es für sie aus ethischer Sicht sinnvoll, dass möglichst alle Teile eines Tieres, auch über den Agrarexport, verwertet werden. Nach den Worten der Fraktion der CDU/CSU ist darauf zu achten, dass der Export von Überschüssen nicht zu Dumping-Bedingungen erfolgt und dem an den nachhaltigen Entwicklungszielen orientierten Aufbau von auch mit deutscher Entwicklungszusammenarbeit geförderten Produktionskapazitäten in armen Ländern zuwiderlaufen.

Vor diesem Hintergrund ist nach Auffassung der Antragsteller der Agrarexport ein wichtiges Instrument, um die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit der leistungsstarken Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland zu sichern, auszubauen und die landwirtschaftliche Erzeugung noch nachhaltiger zu gestalten.

Mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. gemeinsam mit allen relevanten Akteuren unter Einbeziehung bestehender Exportförderprogramme die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer nationalen Agrar-Marketingagentur zu schaffen, die u. a. dazu beitragen soll,
  - a. heimische regionale land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse sowohl im In- als auch im Ausland noch bekannter zu machen und so den Absatz von regional erzeugten Agrarprodukten zu steigern;
  - b. die Leistungen der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft in Deutschland sachlich und öffentlichkeitswirksam darzustellen;

2. dem Deutschen Bundestag bis zur Mitte dieser Legislaturperiode eine kurz-, mittel- und langfristige Umsetzungsstrategie zur Errichtung einer nationalen Agrar-Marketingagentur vorzulegen, die die bestehenden erfolgreichen Maßnahmen der regionalen Agrar-Marketing-Gesellschaften sowie die der Wirtschaft beinhaltet;
3. bis zur Mitte dieser Legislaturperiode in Abstimmung mit den Bundesländern und den Wirtschaftsbeteiligten Vorschläge für eine Finanzierung einer nationalen Agrar-Marketingagentur zu entwickeln und dabei zu prüfen, inwiefern Restmittel aus der Liquidation des Absatzfonds bzw. der Centralen Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), die derzeit von der Landwirtschaftlichen Rentenbank verwaltet werden, genutzt werden können, und diese Vorschläge dem Deutschen Bundestag vorzulegen;
4. bestehende Verbraucherinformations-Kampagnen so auszurichten, dass eine verbrauchernahe Information über die moderne und sich wandelnde Landwirtschaft erfolgt und dadurch mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft erreicht wird;
5. sich bilateral und auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass noch stärker gemeinsam mit anderen europäischen Partnern in Drittländern für die vielfältigen und hochwertigen Agrarprodukte aus der EU geworben wird;
6. anzuerkennen, dass der Agrarexport und ein regelbasierter Agrarhandel in einer globalisierten Welt dazu beitragen, Ernährungsunsicherheit, Mangelernährung, Armut und Fluchtursachen zu bekämpfen, und dass bei knappen landwirtschaftlichen Ressourcen und steigender weltweiter Nachfrage nach Lebensmitteln die effiziente und nachhaltige Agrarproduktion in Deutschland ein wichtiger Pfeiler ist, um das Ziel einer Welt ohne Hunger zu erreichen. Gleichzeitig gilt es zu beachten, dass insbesondere in den Ländern des globalen Südens funktionierende landwirtschaftliche Strukturen nicht durch Importe beschädigt werden;
7. dem Deutschen Bundestag einmal pro Legislaturperiode einen Bericht zum Agrarexport vorzulegen;
8. sich dafür einzusetzen und gegenüber der EU einzufordern, dass der Abschluss von Handelsabkommen nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland führt, indem beispielsweise die hohen europäischen und nationalen Standards unterlaufen werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 59. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/206 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 53. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/206 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 45. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/206 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 51. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/206 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

#### 1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/206 in seiner 48. Sitzung am 8. November 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** merkte an, der von der Fraktion der CDU/CSU benutzte Begriff „rechtsunsicher“ im Zusammenhang mit der heute nicht mehr existierenden Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH (CMA) sei sehr „charmant“ gewählt worden. Die Bewerbung ausschließlich deutscher Agrarprodukte durch eine quasi staatliche Stelle mittels einer Zwangsabgabe sei vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) als unvereinbar mit dem deutschen Recht abgelehnt worden. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU vermöge nicht darzulegen, wie er diesen Widerspruch bei der CMA in der Gegenwart auflösen wolle. Die CMA sei damals nicht so erfolgreich und in ihrem Konstrukt verfassungsrechtlich bedenklich gewesen. Es sei fraglich, wie ein solches Konstrukt in Form einer neuen nationalen Agrar-Marketingagentur wieder „gerade gezogen“ werden könnte. Zudem wäre eine neue bürokratische Zentralstruktur beim Agrar-Marketing nicht sinnvoll. Dagegen halte die Fraktion der SPD eine Koordinierung regionaler Marktaktivitäten für sinnvoll. Auch die Vernetzung über gemeinsame Treffen halte die Fraktion der SPD für zielführender. Datentrends und Analysen würden seit 2009 zuverlässig von der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) zur Verfügung gestellt. Deren Aktivitäten auszuweiten und sie noch stärker für kleine und mittlere Unternehmen unterstützend tätig werden zu lassen, halte sie ebenso für sinnvoll. Es hätten dazu bereits Gespräche stattgefunden. Vergessen werden dürfe nicht, dass es in verschiedenen Bundesländern gut arbeitende Agrar-Marketingagenturen tätig seien, die bereits das machten, was die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag fordere. Das, was Deutschland an Tierhaltung bzw. an Nutztieren habe, sollte mit Futter, was im Land selber produziert werde, d. h. mit Hilfe einer guten Eiweißpflanzenstrategie, ernährt werden können. Wenn Tierhaltung weiter über Importe von Futtermitteln vorgenommen werde, sei dieses nicht zielführend, zumal sie, wenn die höhere CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Transporten komme, dann sicherlich zukünftig nicht mehr attraktiv sein werde. Die Fraktion der SPD wolle die regionale Vermarktung sowie Gemeinschaftsverpflegung stärken, um damit noch intensiver die regional wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern unterstützen zu können.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, mit ihrem Antrag wolle sie mit einer Grundintention, die immer wieder auf dem agrarpolitischen „Parkett“ zu Unrecht vorne angestellt werde, d. h. dass Agrarexporte etwas Negatives seien, „aufräumen“. Es gebe im Kontext des Themas Agrarexporte immer wieder das „Märchen“, dass es andere bzw. vorherige Bundesregierungen gegeben habe, die große Bemühungen aufgewendet hätten, um Agrarexporte zu fördern. Das sei nur zum Teil wahr, aber am Ende könne ein Agrarexport nur dann florieren, wenn die Betriebe vor Ort wettbewerbsfähig seien. Ein Exportüberschuss sei immer das Ergebnis einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Die Fraktion der CDU/CSU bekenne sich klar zum Agrarexport und betone, dass er etwas Gutes sei. Sie vermisse ein solches Bekenntnis im Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (für die 20. Wahlperiode). In ihm seien die Vorteile des Agrarexports und der Anspruch, ihn zu entwickeln, nicht aufgegriffen worden. Die Fraktion der CDU/CSU mache in ihrem Antrag konstruktive Vorschläge für den Ausbau des Agrarexports. Sie fordere u. a. die Schaffung einer neuen nationalen Agrar-Marketingagentur, „ein wenig“ nach dem Vorbild der CMA, wobei das neue Modell rechtssicher sein müsse. Sie wisse, dass die CMA ein rechtsunsicheres Konstrukt gewesen sei. Zudem müsse verstärkt wieder auf Auslandsmessen auf deutsche landwirtschaftlichen Produkte hingewiesen werden. Wichtig sei es ferner, dass die Bundesregierung bei Veterinärabkommen vorankomme und nicht immer nur defensiv und zurückhaltend agiere. Mit ihnen könne der Agrarexport angekurbelt werden. Mit ihren Antragsforderungen habe die Fraktion der CDU/CSU nicht nur die Agrarwirtschaft im Blick, sondern auch die Situation, dass sich das Land am Anfang einer schweren Rezession befinde. Die Agrarwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen inklusive dem Cluster Holz erwirtschaftete jährlich 555 Milliarden (Mrd.) Euro, damit fast ein Sechstel bis ein Siebtel der gesamten Volkswirtschaft. Es bestehe daher ein gesamtwirtschaftliches Interesse, beim Export voranzukommen sowie Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsfreude nach vorne zu stellen. Die positiven Aspekte des Agrarhandels seien von der Bundesregierung bisher nicht vernünftig beleuchtet worden. Bei der zurückliegenden Tagung des Rates der Europäischen Union (EU) „Landwirtschaft und Fischerei“ am 23./24. Oktober 2023 sei über das EU-Absatzförderprogramm diskutiert worden, wo die Fraktion der CDU/CSU ein tatkräftiges Engagement der Bundesregierung vermisst habe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie lehne die Antragsforderungen der Fraktion der CDU/CSU ab. Das von ihr in ihrem Antrag geforderte Geld für den Ausbau des Agrarexportes sei besser investiert, wenn die regionalen Wertschöpfungsketten vor Ort weiter ausgebaut würden, damit in den Kantinen, in den Gemeinschaftsverpflegungen, nicht so viele ausländische Agrarprodukte lägen, sondern solche, die in der Region erzeugt würden. Das dieses hinbekommen werde, sei „der“ große Hebel. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sage nicht, dass Agrarexporte per se schlecht seien. Handel sei wichtig, d. h. das, was hier nicht gegessen

werde, auch woanders zu vermarkten, sei wichtig, aber es mache keinen Sinn, den Agrarexport als das „Allheilmittel“ oder als Mittel für „Wir ernähren die Welt“ zu sehen. Gesehen werden müssten die Umweltauswirkungen von Agrarexporten, d. h. u. a. die Themen Nitrate, CO<sub>2</sub>, Boden und Rückgang der Artenvielfalt. Die Nachwirkungen der Agrarproduktion blieben in Deutschland. Es sei keine Lösung, wenn Deutschland 200 Prozent der Welt mit Lebensmitteln versorgen wolle und der „Rest“, d. h. die Umweltauswirkungen, hier blieben. Die Milchindustrie „schreie“, dass der hiesige Milchkonsum heruntergehe und der Verbrauch von z. B. von Mandel- oder Hafermilch steige und deswegen massiv deutsche Milch in die asiatischen Märkte exportiert werden müsse. Die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), die nicht besonders „grün“ geprägt gewesen sei, hätte 90 Mrd. (Euro) an externen Kosten, die jährlich durch die deutsche Landwirtschaft entstünden, definiert. Wenn die Landwirtschaft durch mehr Exporte noch mehr produziere, würden sich diese externen Kosten ggf. verdoppeln oder verdreifachen. Das mache für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keinen Sinn. Es gehe darum, die regionalen Wertschöpfungsketten vor Ort zu stärken und abzubauen. Genau da setze die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Dafür werde jeder Cent gebraucht.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei vom Prinzip her, gerade was die Forderung nach einer nationalen Agrar-Marketingagentur angehe, eine gute Idee. Es gebe auf Länderebene, z. B. in Sachsen-Anhalt, bereits erfolgreiche Agrar-Marketinggesellschaften. Gebraucht werde eine für ganz Deutschland tätige Agrar-Marketinggesellschaft, die verschiedene Aktivitäten der Länder zusammenfasse, weil bestimmte Agrarprodukte über die einzelnen Bundesländer hinaus vermarktet werden müssten. Es gebe auf der Ebene der EU einen finanziellen „Topf“ von über 200 Mio. Euro, mit dem der Absatz von Agrar- und Lebensmittelprodukten gefördert werde, an dem Deutschland zu wenig Anteil hätte. Die zentrale Frage in Bezug auf die Neureinrichtung einer nationalen Agrar-Marketinggesellschaft sei zudem, wie es genau gehen könnte. Die Agrarpolitik habe lernen müssen, dass es nicht dermaßen funktioniere, wie es bei der CMA gemacht worden sei. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei gut gemeint, aber nicht ganz so gut gemacht, weil es noch keine Lösung gebe, wie eine nationale Agrar-Marketinggesellschaft finanziert werden könnte. Wenn eine solche Dachorganisation für das nationale Agrar-Marketing organisiert werde sollte, müssten finanzielle Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Sie müssten deutlich höher als bisher gedacht sein, damit die für sie angedachten Aktivitäten finanziert werden könnten. Es werde sich zu der Thematik innerhalb der Koalition aus den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in Gesprächen befunden. Zu befürchten sei, dass viele davor Bedenken hätten, im Rahmen eines nationalen Agrar-Marketings zur Verfügung gestellte Mittel zu nutzen, weil die Regularien, die in Deutschland im Moment bestünden, zu schwierig seien. Viele potentielle Antragsteller hätten Angst davor, dass ein kleiner Verfahrensfehler bei der Beantragung auftreten könnte, sodass ggf. bis zu 100 Prozent zusätzliche Kosten für sie entstehen könnten, d. h., wenn z. B. zehn Mio. Euro beantragt würden, dass dann nochmals zehn Mio. Euro selber „draufgelegt“ werden müssten. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei eine gute Idee, aber so, wie sie vorgeschlagen werde, funktioniere sie nicht. An der Idee einer nationalen Agrar-Marketinggesellschaft müssen weiter gearbeitet werden, was die Fraktion der FDP weiter tun werde.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, wenn sich der Antrag der Fraktion der CDU/CSU genauer angeschaut werde, könne festgestellt werden, dass die Fraktion der CDU/CSU einen Antrag aus der Schublade herausgeholt habe, der bereits zwei Jahre alt sei. In ihrem Antrag fordere die Fraktion der CDU/CSU, dass die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft zu sichern und auszubauen sei. Bis hierhin könne die Fraktion AfD mitgehen, da sie diese Ziele entsprechend teile. Die Stärkung der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft wolle die Fraktion der CDU/CSU aber erreichen, indem eine nationale Marketingagentur errichtet werden solle, die den Export fördern solle. Gleichzeitig stelle die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag aber fest, dass Agrarprodukte aus Deutschland aufgrund der Qualität und der hohen Standards, die hier existierten, im In- und Ausland bereits „extrem stark“ nachgefragt und hochgeschätzt seien. Wenn das schon der Fall sei, stelle sich die Frage für die Fraktion der AfD, wozu dann im Endeffekt diese sog. Agrar-Marketingagentur noch gebraucht werde. Es sei von anderen Fraktionen bereits mehrfach erwähnt worden, dass, als es die CMA noch gegeben hätte, sich viele Landwirte zu Recht über sie beschwert hätten, weil damals eine Zwangsabgabe in Höhe von 0,4 Prozent des Warenwertes an die CMA hätte geleistet werden müssen. Daran hätten sich viele Landwirte gestört, zumal das Problem bestanden hätte, dass die Mitsprache der Landwirte im Bereich der CMA gegen Null gegangen wäre. Selbst der Bundesrechnungshof (BRH) hätte die Wirksamkeit der Werbemaßnahmen der CMA kritisiert. Entsprechend seien das für die Fraktion der AfD gute Argumente, die gegen eine neue staatliche Agrar-Marketingagentur sprächen. Wenn es um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und um mehr Wertschöpfung der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft gehe, gebe es noch viel zu tun. Eine staatliche Agrar-Marketingagentur gehöre sicherlich nicht dazu, genau so wenig wie die von der Bundesregierung veranlassten

Zwangsfächenstilllegungen und die faktische Abschaffung der Düngemittel in Deutschland. Von daher werde die Fraktion der AfD den Antrag der Fraktion der CDU/CSU ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** teilte mit, sie lehne die staatliche Finanzierung von Exportbemühungen ab. Die Fraktion DIE LINKE. würde befürworten, wenn die Bundesregierung regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten stärken und den Fokus nicht ausschließlich auf den Export legen würde. In diesem Antrag, wie in vielen anderen von ihr zuvor in das Parlament eingebrachten Anträgen zum Thema Ernährung, trage die Fraktion der CDU/CSU immer gerne den „Mythos“ vor sich her, dass Deutschland die Welternährung bestimmen und retten würde. Dass das ein reiner Mythos sei, hätte am 6. November 2023 in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages zum Thema "Verschärfung der Nahrungsmittelsunsicherheit und Wasserknappheit – Ursachen, Folgen und Lösungen" verfolgt werden können. In dieser Anhörung sei ein großes Plädoyer dafür gehalten worden, über Bildung in von Armut und Ernährungsarmut betroffenen Ländern dazu beizutragen, dass dort der Selbstversorgungsgrad bei Lebensmitteln erhöht werden könne. Das wäre für die Fraktion DIE LINKE. das bessere Mittel in Richtung Außenpolitik. Von der Fraktion der SPD sei bereits erwähnt worden, dass der Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU, auf die Idee der CMA zurückzugreifen, mehr als fragwürdig sei, weil das BVerfG dieses Instrument des Agrar-Marketings bzw. der Exportförderung von Agrarprodukten als verfassungswidrig eingeschätzt habe. Sich auf dieses Instrument zu beziehen, halte die Fraktion DIE LINKE. für einen schwerwiegenden Fehler im Antrag der Fraktion der CDU/CSU.

## 2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/206 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2023

**Dr. Franziska Kersten**  
Berichterstatlerin

**Albert Stegemann**  
Berichterstatler

**Dr. Anne Monika Spallek**  
Berichterstatlerin

**Ingo Bodtke**  
Berichterstatler

**Bernd Schattner**  
Berichterstatler

**Ina Latendorf**  
Berichterstatlerin